



## Finanzpolitiker geben Parmelin Schub

VON DOMINIC WIRTH

**Grüne und SP** warnen angesichts des Acht-Milliarden-Plans für neue Kampfflugzeuge vor Sparmassnahmen etwa bei der Bildung. Bürgerliche Finanzpolitiker halten die Investition aber für verkraftbar.

**BERN** Wenn es um Milliardenausgaben geht und um die Armee, dann ist in Bern Streit programmiert. So war das auch am Mittwoch: Nachdem Verteidigungsminister Guy Parmelin die Vorstellungen der Regierung dargelegt hatte – acht Milliarden Franken für neue Kampfjets und Flugabwehrraketen, daneben weitere Investitionsprogramme, insgesamt ein Geldbedarf von bis zu 16 Milliarden –, hagelte es Kritik. Von «überdimensionierten Luxus-Kampfjetplänen» war vonseiten der SP die Rede. Die Grünen warnten vor einem «Kahlschlag», der nun andersorts drohe, weil die Armee künftig mehr Geld bekommen soll – etwa bei Bildung und Forschung oder in der Entwicklungszusammenarbeit.

Hintergrund ist die vom Bundesrat

vorgeschlagene Erhöhung des Armeebudgets. Um 1,4 Prozent soll dieses ab 2021 während zehn Jahren alljährlich erhöht werden, um so genug Mittel für die geplanten Beschaffungen bereitzustellen. Das, so die Befürchtung, könnte zulasten anderer ungebundener Ausgaben im Bundeshaushalt gehen. Dazu gehören etwa die Landwirtschaft, die Bildung oder die Entwicklungszusammenarbeit.

SP-Nationalrat Matthias Aebischer ist zwar nicht prinzipiell gegen den Kauf neuer Kampfjets; er findet, dass die Schweiz ihren Luftraum selbst schützen muss. Die acht Milliarden sind für den Bildungspolitiker aber ein viel zu hoher Betrag. Und Aebischer befürchtet, dass die Armeemilliarden für die Bildungsausgaben fatale Folgen haben werden. «Die Bildung wurde schon im aktuellen Budgetprozess beschnitten. Bei so hohen zusätzlichen Armeeaussgaben drohen massive Einsparungen. Und das wäre absolut unverständlich, eine Katastrophe für ein Bildungsland wie die Schweiz», sagt der Berner.

**Bei der Armee wurde viel gespart**

Bürgerliche Finanzpolitiker halten die Angst vor einem Kahlschlag für übertrieben – und die zusätzlichen Mittel für die Armee für notwendig und

verkraftbar. «Ich glaube nicht, dass schmerzhaft Einschnitte notwendig sein werden», sagt etwa Brigitte Häberli-Koller. Die CVP-Ständerätin sitzt in der Finanzkommission und ist zugleich Präsidentin der Bildungskommission. 1,4 zusätzliche Prozent pro Jahr sind in ihren Augen ein «moderates Wachstum», und die Thurgauerin ist «zuversichtlich, dass wir das finanzieren können». Auch Bruno Pezzatti befürwortet die Armeemilliarden. Einen Kahlschlag wird es laut dem Finanzpolitiker nicht geben, Einsparungen bei anderen ungebundenen Ausgaben – namentlich der Entwicklungshilfe – sind für den FDP-Nationalrat aber denkbar. Es sei nach Jahren des Sparens bei der Armee nun an der Zeit, so der Zuger, «der Armee Priorität einzuräumen».

Tatsächlich zeigt ein Blick auf die Ausgaben des Bundes in den letzten 20 Jahren: Gespart hat man in Bern in diesem Zeitraum in erster Linie bei der Landesverteidigung. Gleichzeitig sind vor allem die Ausgaben für Bildung und Forschung sowie für die internationale Zusammenarbeit – zum Beispiel die Entwicklungshilfe – in die Höhe geschossen. Die Bildungsausgaben etwa beliefen sich 1997 noch auf 3,7 Milliarden. Heute sind es 7,6 Milliarden.



## Nachgefragt

# «8 Milliarden sind zu wenig»



**Thomas Hurter**  
Nationalrat  
(SVP/SH)

*Der Bundesrat hat gestern einen Rahmenkredit von 8 Milliarden bewilligt. Ist das die richtige Grössenordnung?*

**Thomas Hurter:** Wenn man den Auftrag und die Durchhaltefähigkeit der Armee halten will wie bisher verlangt, ist das zu wenig. Doch dieses Budget hat der Bundesrat nun einmal gesprochen – nun gilt es zu schauen, was damit erreicht werden kann.

*Über die Anzahl der Jets schweigt sich der Bundesrat aus – nennen Sie eine?*

**Hurter:** Als Richtwert für einen solchen Betrag gelten 30 Jets, inklusive eines Teils Bodenluftabwehr. Das steht so auch im Expertenbericht. Nicht die Anzahl aber ist wichtig, sondern welchen Auftrag man mit den Jets abdecken will sowie die Frage, wie lange die Jets autonom eingesetzt werden sollen.

*Vor drei Jahren lehnte das Stimmvolk den Gripen für 3 Milliarden ab. Warum braucht es nun plötzlich 8 Milliarden für eine neue Luftwaffe?*

**Hurter:** Die Zahlen lassen sich nicht vergleichen. Damals ging es nur um die Jets, heute ist darin auch die Bodenluftabwehr inbegriffen. Das zusammen kommt logischerweise teurer.

*Noch ist unklar, welche Jet-Typen die Schweiz will. Macht es Sinn, den vom*

*Volk abgelehnten Gripen noch einmal zu analysieren?*

**Hurter:** Ich möchte nicht allzu viel zu jener Abstimmung sagen – das Nein hatte verschiedene Gründe. Für mich ist die erneute Analyse aller Typen nachvollziehbar. Wichtig ist, dass der Fächer für alle möglichen Typen offen bleibt. Dazu gehört, dass alle Firmen auf dem Markt die Möglichkeit bekommen, eine Offerte einzureichen. Das gibt der Schweiz die grösstmögliche Auswahl, um den hoffentlich geeigneten Jet zu finden. Neben dem eigentlichen Kaufpreis sind aber noch viele andere Dinge sehr wichtig. Das Gesamtpaket muss überzeugen.

*Der Bundesrat lässt offen, ob das Volk über die Jet-Beschaffung abstimmen kann. Ist es nicht stossend, eine solche Milliardeninvestition am Volk vorbeismuggeln zu wollen?*

**Hurter:** Nein. Das Volk hat in Abstimmungen schon dreimal Ja gesagt zur Armee – die Volksrechte bleiben gewahrt. Wer nicht einverstanden ist, kann nach wie vor eine Volksinitiative einreichen. Hier geht es lediglich um eine Materialbeschaffung. Dazu muss sich das Volk nicht äussern. Herr Mayer von den SBB wird ja schliesslich auch nicht gefragt, welchen Typ Zug er kaufen will.

*Gegner des Kampffjets fürchten, die Milliardeninvestition müsste in anderen Bereichen wie der Bildung eingespart werden. Gerechtfertigt?*

**Hurter:** Das Volk will Sicherheit und Stabilität. Dies hat nun einmal seinen Preis. Und nur in einem sicheren Land können gute Schulen und eine gute Mobilität angeboten werden.

*Interview Anna Kappeler*